

Antrag A16

Antragsteller:

KV Paderborn

Stabilisierung kommunaler Finanzen

Die Landesregierung soll zeitnah die Mittelzuweisung an die Kommunen deutlich erhöhen. Die Landesregierung soll sich ferner dafür einsetzen, das System der Gewerbesteuer strukturell zu reformieren.

Begründung

Die Gewerbesteuer ist die zentralste, aber zugleich volatilste kommunale Einnahmequelle in Deutschland. Sie schwankt stark mit der konjunkturellen Lage, der Ertragskraft einzelner Unternehmen und branchenspezifischen Entwicklungen.

Diese Schwankungen treffen besonders mittelständisch geprägte Kommunen und Regionen unverhältnismäßig hart. Vor allem Sozialausgaben und die Kosten durch Bundes- und Landesvorgaben sowie Pflichtaufgaben steigen. Dieses strukturelle Missverhältnis zwingt zahlreiche Städte und Gemeinden in NRW in einen dauerhaften Konsolidierungsmodus bis hin zur Haushaltssicherung.

Seit vielen Jahren steht das deutsche System einer rechtsformabhängigen Unternehmensbesteuerung in Verbindung mit einem komplizierten Gewerbesteuersystem in der Kritik, weil es Mittelstand strukturell benachteiligt, Thesaurierung erschwert und abschreckend auf ausländische Direktinvestitionen wirkt.

Der von Friedrich Merz vorgeschlagene Ansatz, die Gewerbesteuer abzuschaffen und in einer einheitlichen Unternehmenssteuer aufgehen zu lassen adressiert genau diese Grundproblematik. Auch andere Vorschläge, wie ein kommunaler Zuschlag oder die Reform der Erhebungsgrundlagen liegen seit Jahren vor aber sind nie konkret angegangen worden. Den Preis dafür zahlen nun einseitig die Kommunen.

Ein solches Modell müsste auch die Finanzierungsfrage der Kommunalfinanzen lösen. Eine Reform der Gewerbesteuer reicht mithin nicht aus. Das Land NRW muss die Kommunen stärker und verlässlicher unterstützen. Über Jahrzehnte hinweg hat sich eine Schieflage entwickelt, in der das Land Aufgaben an die Kommunen delegiert, ohne diese vollständig auszufinanzieren. Gleichzeitig hat sich ein schier undurchdringliches Netz von Förderprogrammen etabliert. Diese goldenen Zügel widersprechen fundamental den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, weil

49 Fortschritt und Innovation nicht durch Programme delegiert werden kann, sondern
50 von den beteiligten Akteuren vor Ort entsteht. Deshalb müssen wir den Kommunen
51 und ihren gewählten Volksvertretern endlich mehr vertrauen und ihnen auch die
52 finanzielle Freiheit und damit einher gehend Gestaltungsfreiraum geben.
53

54 **Votum der Antragskommission:**

55 Verweisung in den Parlamentskreis Mittelstand